

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage zum Projekt „Transgourmet“

Die geplante maßlose Verbauung der Wiener Westeinfahrt in Wien-Auhof durch das Projekt „Transgourmet“ lässt zahlreiche offene Fragen in verschiedenen Themenkomplexen auftauchen.

Zu stadtplanerischen Aspekten:

- Welche Evaluierungen für die Westeinfahrt haben seit 2014 stattgefunden?
- Warum soll ein Projekt verwirklicht werden, das in der Untersuchung 2014 explizit so nicht empfohlen wurde? Warum wurden wichtige Empfehlungen der Studie aus 2014 einfach ignoriert?
- Welche Aspekte der Stadtplanung haben sich seit 2014 verändert und wie wurden diese berücksichtigt?
- Warum gab es weder einen öffentlichen Gestaltungswettbewerb noch eine öffentliche Diskussion im Bezirk, um Meinungen der Bürger/innen bzw. von externen Expert/innen einzuholen?

Zu ökologischen Aspekten:

- Warum werden die eigenen Richtlinien der Stadt hinsichtlich nachhaltiger und ökologisch sinnvoller Verbauung hier mit Füßen getreten und ignoriert?
- Warum wird der Naschmarkt mit Blick auf den Kaltluftstrom von Westen nachhaltig umgestaltet (siehe Zitate StRin Sima), während im Westen selbst dieser Kaltluftstrom verbaut wird?
- Welche Umwelt-Untersuchungen haben stattgefunden? Sind diese alle öffentlich zugänglich? Wie kann eine Verbauung von rund 37.000 Quadratmeter in Zeiten des Kampfes gegen Bodenversiegelung noch genehmigt werden?

Zu finanziellen Aspekten:

- Ist der Bauzins marktüblich und angemessen?
- Wie wurde der Bauzins ermittelt, auch im Vergleich zu benachbarten Baugründen? Kann es sein, dass der gegenständliche Bauzins deutlich unter jenem vergleichbarer Projekte in unmittelbarer Nachbarschaft liegt?
- Wer profitiert von einem möglicherweise ortsüblich niedrigen und unangemessenen Bauzins?

Zu politischen Aspekten:

- Warum hat keinerlei Einbindung der Bevölkerung stattgefunden?
- Aus den öffentlich aufliegenden Projektunterlagen geht unter anderem hervor, dass der damalige Vorsitzende der Verkehrskommission Wilhelm Holzgruber bereits am 07.11.2019 (!) den Verkehrsmaßnahmen zum geplanten Monsterbau „Transgourmet“ zugestimmt hat. Was wusste die SPÖ bzw. die Bezirksvorsteherin wann über das Projekt? Was war die Grundlage dieser Zustimmung bzw. wodurch wurde sie als offizielle Stellungnahme des Bezirks legitimiert?

- Warum erfolgte keine Information der Bezirksvertretung? Warum wurde das Projekt zu diesem frühen Zeitpunkt nicht in der Verkehrskommission (heute Mobilitätskommission) diskutiert? Warum hat die Bezirksvorsteherin die Öffentlichkeit über diese umfassende bauliche Maßnahme im Westen des Bezirks weder informiert noch die Bürger/innen und in die Planung eingebunden?
- Welche Vorteile und Verbesserungen hat die Bezirksvorsteherin für Penzing in Verhandlungen erreichen können? Zum Beispiel hinsichtlich Grünflächen, Sportanlagen, gemischter Nutzung, Wohnbau, wie in der 2014-Untersuchung vorgeschlagen?

Begründung:

Die Beantwortung der aufgeführten Fragen möge Transparenz in typische Planungsabläufe der Stadt- und Bezirksverwaltung bringen, in das Netzwerk aus (SPÖ-nahen) Interessen und in das Versäumnis der Bezirksvorsteherung, zum Wohle der Penzingerinnen und Penzinger mit dem Projektwerber in einen konstruktiven Verhandlungsprozess für Verbesserungen zu kommen.

BezR. Mag. Markus Keschmann
Klubobmann